

## Bebauungsplan Kirchheim „Kindertagesstätte Stettiner Straße“

<b>Inhaltliche Beschreibung</b>	Zur Verbesserung der Versorgungssituation mit Kinderbetreuungsplätzen im Stadtteil Kirchheim ist die Errichtung einer 4-gruppigen Kindertageseinrichtung vorgesehen. Geplant ist ein zweigeschossiger Gebäuderiegel mit einer Grundfläche von circa 600 m <sup>2</sup> . Die Ausrichtung erfolgt in Ost-West-Richtung und orientiert sich entlang der Stettiner Straße.
<b>Letzter politischer Beschluss zum Vorhaben / Projekt</b>	Zum Vorhaben liegen bisher keine Beschlüsse vor.
<b>Aktueller Bearbeitungsstand</b>	Aktuell wird das Raumprogramm für die Einrichtung konkretisiert.
<b>Geplanter Zeitpunkt der Umsetzung / Nächste Schritte</b>	Im 1. Quartal 2020 soll dem Gemeinderat der Aufstellungsbeschluss vorgelegt werden.
<b>Kosten soweit bezifferbar</b>	Circa 5.000 Euro.
<b>Betroffenes Gebiet</b>	Kirchheim
<b>Schwerpunktmäßig betroffene Themen</b>	Stadtplanung/Stadtentwicklung Kinder/Jugend/Familie
<b>Bürgerbeteiligung</b>	ja Eine Bürgerbeteiligung erfolgt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.
<b>Ziele des Stadtentwicklungsplans 2015</b>	Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen Bedarfsgerechter Ausbau und flexible Gestaltung des Betreuungs- und Freizeitangebotes, der Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche
<b>Ansprechpartner/in</b>	Stadtplanungsamt Frau Hildenbrand Telefon: 06221 58-23140 E-Mail: <a href="mailto:stadtplanungsamt@heidelberg.de">stadtplanungsamt@heidelberg.de</a>
<b>weitere Informationen</b>	

## Bebauungsplan Gewerbegebiet Weststadt

<b>Inhaltliche Beschreibung</b>	Beim Planungsgebiet handelt es sich um den einzigen innenstadtnahen Bereich, der für eine gewerblich-industrielle Nutzung geeignet ist. Aufgrund der Entwicklungen der Bahnstadt und der Patton Baracks ist das Gebiet im gesamtstädtischen Kontext neu zu bewerten. Das Ziel des Bebauungsplans besteht darin, die Art der Nutzung in dem Gebiet, die verkehrliche Erschließung, die Einbindung des ehemaligen circa 1,7 ha großen NATO-Grundstücks (im Süden des Gebiets an der Rudolf-Diesel-Straße) und die Gestaltung des Gebiets zu stärken und genau zu definieren.
<b>Letzter politischer Beschluss zum Vorhaben / Projekt</b>	Zum Vorhaben selbst liegen bisher keine Beschlüsse vor.
<b>Aktueller Bearbeitungsstand</b>	Der Aufstellungsbeschluss wird erarbeitet.
<b>Geplanter Zeitpunkt der Umsetzung / Nächste Schritte</b>	Der Aufstellungsbeschluss soll am 13.02.2020 vom Gemeinderat gefasst werden.
<b>Kosten soweit bezifferbar</b>	Es ist von circa 50.000 Euro für Gutachten und Untersuchungen auszugehen. Folgekosten für zum Beispiel Wiedernutzbarmachung der Maulbeerallee sind nicht bezifferbar.
<b>Betroffenes Gebiet</b>	Weststadt
<b>Schwerpunktmäßig betroffene Themen</b>	Stadtplanung/Stadtentwicklung Wirtschaft/Arbeit
<b>Bürgerbeteiligung</b>	ja Die Bürgerbeteiligung erfolgt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.
<b>Ziele des Stadtentwicklungsplans 2015</b>	Einzigartigkeit von Stadt- und Landschaftsraum sowie historisches Erbe der Stadt(teile) bewahren Produktionsstätten erhalten Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen
<b>Ansprechpartner/in</b>	Stadtplanungsamt Michael Rudolf Telefon: 06221 58-23181 E-Mail: Stadtplanungsamt@Heidelberg.de
<b>weitere Informationen</b>	Sie finden die aktuelle Gemeinderatsvorlage unter <a href="http://www.heidelberg.de">www.heidelberg.de</a> , Gemeinderat online, Datenbanksuche unter: 0009/2020/BV.

## Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Heidelberg-Leimen

<b>Inhaltliche Beschreibung</b>	Die beiden Städte Heidelberg und Leimen planen die Entwicklung eines „Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Heidelberg-Leimen“ zur Förderung der nachbarschaftlichen und kooperativen Zusammenarbeit. Im Sinne einer nachhaltigen, ökonomischen und verantwortungsvollen Flächenpolitik sollen Wirtschaftsflächen im Innenbereich gemeinsam entwickelt werden.
<b>Letzter politischer Beschluss zum Vorhaben / Projekt</b>	Im Stadtentwicklungsplan 2015 und Wirtschaftsentwicklungskonzept von 2017 legte der Gemeinderat unter anderem fest, in bestehenden Gewerbegebieten wie Rohrbach-Süd mithilfe gezielter Nachsteuerung durch die Stadtverwaltung Flächenpotentiale auszuschöpfen und im Sinne einer nachhaltigen, ökonomischen und verantwortungsvollen Flächenpolitik Strategien für interkommunale Kooperationsformen zu entwickeln.
<b>Aktueller Bearbeitungsstand</b>	Durch beide Städte wird ein städtebauliches Entwicklungskonzept über das geplante interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet als Grundlage für die weitere Prozessgestaltung erarbeitet. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau fördert dieses Vorhaben mit etwa 45.900 Euro im Rahmen des Programms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“.
<b>Geplanter Zeitpunkt der Umsetzung / Nächste Schritte</b>	Bis zur Sommerpause 2020 sollen im Hinblick auf die Gründung eines Zweckverbandes weitere Schritte zur organisatorischen Ausgestaltung der interkommunalen Zusammenarbeit veranlasst werden.
<b>Kosten soweit bezifferbar</b>	Die Gesamtkosten können voraussichtlich nach dem erarbeiteten Entwicklungskonzept sowie der vereinbarten organisatorischen Zusammenarbeit konkretisiert werden.
<b>Betroffenes Gebiet</b>	Rohrbach Gesamtstädtisch
<b>Schwerpunktmäßig betroffene Themen</b>	Wirtschaft/Arbeit Stadtplanung/Stadtentwicklung Mobilität/Verkehr
<b>Bürgerbeteiligung</b>	ja Eine frühzeitige Beteiligung der Heidelberger Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der ansässigen Unternehmen und Institutionen, ist vorgesehen. Ein diesbezügliches Konzept wird aktuell erarbeitet.
<b>Ziele des Stadtentwicklungsplans 2015</b>	nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern Vollbeschäftigung anstreben, Standort sichern, stabile wirtschaftliche Entwicklung erreichen
<b>Ansprechpartner/in</b>	Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft Marc Massoth, Horst Althoff Telefon: 06221 58-30000 E-Mail: wirtschaftsfoerderung@heidelberg.de
<b>weitere Informationen</b>	

## Videüberwachung Hauptbahnhof - Willy-Brandt-Platz

<b>Inhaltliche Beschreibung</b>	An verschiedenen Örtlichkeiten im öffentlichen Raum, die eine überproportionale Kriminalitätsbelastung im Sinne von § 21 Absatz 3 Polizeigesetz Baden-Württemberg aufweisen, soll durch die Einführung einer Videoüberwachung die Sicherheit erhöht und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden. Es handelt sich hierbei um ein gemeinschaftliches Projekt der Stadt Heidelberg und des Polizeipräsidiums Mannheim. Das Vorhaben startet in Heidelberg zunächst mit herkömmlicher Videoüberwachung, die um ein innovatives System erweitert wird, wenn sich das Projekt „intelligente“ Videoüberwachung in Mannheim bewährt hat. Die „intelligente“ Videoüberwachung verfügt über eine Software, die Bewegungsmuster erkennt, die auf die Begehung von Straftaten hindeuten. Sie alarmiert dann automatisch eine Polizeibeamtin/einen Polizeibeamten, die/der eine optische Überprüfung vornehmen kann.
<b>Letzter politischer Beschluss zum Vorhaben / Projekt</b>	Der Gemeinderat hat am 14.02.2019 die Verwaltung ermächtigt, die Ausschreibung der Maßnahme durchzuführen und dem wirtschaftlich günstigsten Bieter den Zuschlag zu erteilen. Vorgesehen ist die Videoüberwachung am Bismarckplatz und am Willy-Brandt-Platz.
<b>Aktueller Bearbeitungsstand</b>	Das Ausschreibungsverfahren ist abgeschlossen. Derzeit prüft eine Fachfirma die Realisierung der Standorte und führt notwendige technischen Vorarbeiten durch.
<b>Geplanter Zeitpunkt der Umsetzung / Nächste Schritte</b>	Mitte 2020 wird die Videoüberwachung erfolgen.
<b>Kosten soweit bezifferbar</b>	Die Kosten für Anschaffung und Installation betragen insgesamt 354.000 Euro. In diesem Betrag ist auch eine Kameraüberwachung des Bismarckplatzes enthalten. Für Reinigungs- und Wartungsarbeiten der Kameras, Lizenzgebühren und Datenübertragung fallen für die Stadt Folgekosten in Höhe von insgesamt 75.900 Euro pro Jahr an.
<b>Betroffenes Gebiet</b>	Bergheim
<b>Schwerpunktmäßig betroffene Themen</b>	Kinder/Jugend/Familie Soziales/Senioren Kultur/Freizeit
<b>Bürgerbeteiligung</b>	nein
<b>Ziele des Stadtentwicklungsplans 2015</b>	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen City als übergeordnetes Zentrum sichern
<b>Ansprechpartner/in</b>	Bürgeramt Michael Blum Telefon: 06221 58-17720 E-Mail: Michael.Blum@heidelberg.de
<b>weitere Informationen</b>	Sie finden die aktuelle Gemeinderatsvorlage unter <a href="http://www.heidelberg.de">www.heidelberg.de</a> , Gemeinderat online, Datenbanksuche: 0016/2019/BV.